

Mehr als ein Gedankenexperiment

Kann uns die Modern Money Theory die postkapitalistische Postwachstumswirtschaft erklären?

Die Moderne Geldtheorie (MMT) erfährt in diesen Tagen große Aufmerksamkeit, was zu einem großen Teil der hervorragenden Arbeit von Stephanie Kelton und Nathan Tankus zu verdanken ist, die zu den effektivsten Kommunikator_innen der Bewegung zählen. In den letzten Wochen haben mich eine Reihe von Menschen, die von ihrer Arbeit inspiriert wurden, gefragt, ob es Spielraum dafür gäbe, aus der MMT-Perspektive über Postwachstum nachzudenken. Meine Antwort: definitiv. Tatsächlich gehören die beiden zusammen.

Zuerst ein wenig zum Hintergrund: MMT mag kompliziert klingen, ist aber in Wirklichkeit bemerkenswert einfach. Die MMT weist darauf hin, dass Regierungen, die ihre eigenen Währungen kontrollieren, nicht wie Haushalte funktionieren. Sie müssen ihre Haushalte nicht »ausgleichen«, und – was entscheidend ist – sie müssen weder Steuern ein- noch Kredite aufnehmen, bevor sie Ausgaben tätigen können. In Wirklichkeit schaffen die Regierungen das Geld, das sie ausgeben, selbst – und sie können so viel davon schaffen, wie sie wollen.

Das kann jedem klar sein, der seit der globalen Finanzkrise von 2008 aufmerksam hingeschaut hat. Länder wie die USA und Großbritannien haben außerordentliche Geldmengen bereitgestellt, um das Bankensystem zu stützen. Das Gleiche geschieht gerade jetzt als Reaktion auf die COVID-19-Krise: Regierungen

schaffen einfach das Geld, das sie brauchen, um darauf zu reagieren. Das war natürlich schon immer der Fall, aber jetzt geschieht es quasi unter freiem Himmel, für alle sichtbar. Die Vorstellung von Budgetbeschränkungen hat sich als Mythos entpuppt.

Das soll nicht heißen, dass Regierungen unbegrenzt Geld schaffen und ausgeben können. MMT-Ökonomen erkennen eine Reihe von Grenzen an, aber diese haben nichts mit Budgets oder Defiziten zu tun. Die wichtigste Grenze ist die Inflation: Wenn man zu viel Geld in die Wirtschaft pumpt, überhitzt die Nachfrage und es besteht die Gefahr, dass es zu einer Hyperinflation kommt. MMT-Ökonomen wollen dieses Risiko mithilfe der Besteuerung mindern. In der MMT besteht der Zweck von Steuern nicht darin, Staatsausgaben zu finanzieren (auch hier gilt: Regierungen finanzieren Ausgaben einfach durch die Ausgabe von Währung), sondern vielmehr darin, die Übernachfrage zu reduzieren.

Entscheidend ist, dass die Besteuerung auch zur Verringerung der Ungleichheit eingesetzt wird. Man besteuert die Reichen nicht, um Staatsausgaben zu finanzieren, sondern um Menschen, die zu viel anhäufen, einfach Geld zu entziehen – in der Einsicht, dass Ungleichheit für die Gesellschaft und die Demokratie zersetzend ist.

All dies verändert die Art und Weise, wie wir über Geld denken. Die MMT schlägt vor, dass wir Geld als etwas verstehen

sollten, das wir verwenden und nicht als etwas, das wir besitzen. Die Regierung schafft Geld, leitet es in die Wirtschaft, damit wir alle es in unserem täglichen Leben verwenden können und mildert die Gefahren von überschüssigem Geld oder überschüssiger Akkumulation, indem sie einen Teil davon wieder herauszieht und so die Dinge im Gleichgewicht hält.

Was bedeutet all dies für das Postwachstum?

Beginnen wir damit zu klären, was Postwachstum bzw. Degrowth bedeutet. Es beinhaltet zwei Teile: einen ökologischen Teil und einen sozialen. Ziel ist, (a) den überschüssigen Ressourcen- und Energieverbrauch (insbesondere in Ländern mit hohem Einkommen) zu reduzieren, um die Wirtschaft wieder in ein Gleichgewicht mit der Lebenswelt zu bringen, und (b) dies zu tun, während gleichzeitig die Ungleichheit verringert und der Zugang der Menschen zu den Dingen verbessert wird, die sie für ein langes, gesundes und gezieltes Leben benötigen.

Bisher haben die Degrowth-Wissenschaftler eine Reihe überzeugender und gangbarer politischer Vorschläge entwickelt, wie dieses doppelte Ziel erreicht werden könnte. Aber man kann diese Herausforderung auch mithilfe von MMT-Instrumenten angehen – und vielleicht ist es sogar einfacher, auf diese Weise darüber nachzudenken.

Der erste Schritt besteht darin, die Macht, die der Regierung

in ihrer Rolle als Emittentin der Währung zukommt, zu nutzen, um drei dringende Dinge zu tun:

1. Entwickeln einer großzügigen, qualitativ hochwertigen und universellen öffentlichen Daseinsvorsorge – nicht nur im Gesundheits- und Bildungswesen, sondern auch im öffentlichen Verkehr, bei erschwinglichem Wohnraum usw. Es zeigt sich immer wieder, dass eine universelle öffentliche Daseinsvorsorge (und nicht das ständige BIP-Wachstum) der Schlüssel zu einer glücklichen, gesunden und florierenden Gesellschaft ist.

2. Aufbau einer Infrastruktur für erneuerbare Energien, um fossile Brennstoffe in kurzer Zeit – eine Frage von Jahren, nicht von Jahrzehnten – vollständig zu ersetzen und gleichzeitig die Ökosysteme zu regenerieren. Bisher ist dies noch nicht gelun-

gen, weil man sagt: »Das ist zu teuer«. Doch das ist eine Lüge. Die beste Nachricht des 21. Jahrhunderts ist, dass jede einzelne Regierung, die ihre eigene Währung kontrolliert, einen raschen Übergang zu erneuerbaren Energien finanzieren kann, ohne auch nur zweimal über die Kosten nachzudenken.

3. Die Realisierung einer öffentlichen Jobgarantie, so dass jeder, der arbeiten will, einen Job bekommen kann. Einen Job, in dem sozial nützliche Arbeit geleistet wird, die von den Gemeinden tatsächlich gebraucht wird (einschließlich der Arbeit in öffentlichen Diensten, dem Aufbau einer Infrastruktur für erneuerbare Energien und der Regeneration von Ökosystemen), und das zu einem existenzsichernden 30-Stunden-Lohn. Dies hat den zusätzlichen Effekt, dass die

Löhne angehoben und die Arbeitszeiten in der gesamten Wirtschaft verkürzt werden, wodurch das Einkommen effektiv vom Kapital auf die Arbeit verlagert wird.

Dieser Ansatz verringert die Ungleichheit, dekommodifiziert wichtige Teile der Wirtschaft und stellt sicher, dass jeder Zugang zu sinnvoller, gut bezahlter Arbeit und einer hochwertigen öffentlichen Daseinsvorsorge hat. Mit anderen Worten: er reorganisiert die Wirtschaft um den Nutzwert herum und nicht um den Tauschwert – ein Ziel, das im Mittelpunkt des Postwachstumsgedankens steht. Damit wird der Aspekt der sozialen Gerechtigkeit berücksichtigt.

Natürlich fließt durch all diese Staatsausgaben Geld in die Wirtschaft und in die Taschen der Menschen, und der private

Foto: Stefan Gierlich



...oder doch?

Verbrauch beginnt zu steigen (obwohl dies bis zu einem gewissen Grad abgeschwächt wird, weil die Verkürzung der Arbeitswoche, die Verringerung der Ungleichheit und die Ausweitung des Zugangs zur öffentlichen Daseinsvorsorge den privaten Verbrauch tatsächlich erheblich entlasten). Die klassische MMT sieht darin ein Problem, weil die steigende Nachfrage einen übermäßigen Inflationsdruck verursachen kann. Aus der Perspektive des Postwachstums ist das Problem der mögliche Anstieg des Ressourcen- und Energieverbrauchs.

An dieser Stelle kommt die Besteuerung ins Spiel. In der klassischen MMT ist die Besteuerung ein Instrument zur Verringerung der Nachfrage, um die Inflation unter Kontrolle zu halten. Aber die Besteuerung



kann auch zur Verringerung der Nachfrage eingesetzt werden, um den Ressourcen- und Energieverbrauch auf das angestrebte Niveau zu senken.

Und natürlich geht das auch auf progressive Weise, indem man bei den Reichen beginnt. Thomas Piketty hat darauf hingewiesen, dass die Verringerung der Kaufkraft der Reichen eine der wirksamsten klimapolitischen Maßnahmen ist, die wir umsetzen können, weil der Energieverbrauch der Reichen aus dem Gleichgewicht geraten ist. Anders gesagt, die Regierung würde Geld schaffen, um die Nutzwertwirtschaft (die Dinge, die die Menschen tatsächlich brauchen, um gut zu leben) auszuweiten und mit der Besteuerung die Tauschwertwirtschaft regulieren und den übermäßigen privaten Konsum reduzieren (um die Wirtschaft im Gleichgewicht mit der Lebenswelt zu halten).

Mit diesem Ansatz wird die uralte Frage »Werden wir in einem Wachstumsszenario genug BIP haben, um für ein gedeihliches Leben zu sorgen?« irrelevant. Wir können die Mittel für die öffentliche Daseinsvorsorge und eine Jobgarantie generieren, ohne auch nur an das BIP zu denken. Das BIP wird zu einem irrelevanten Indikator.

Tatsächlich könnten in Folge Teile der Wirtschaft, die gegenwärtig am BIP gemessen werden, schrumpfen. Aber das ist in Ordnung, weil das BIP nicht der primäre Maßstab für die Bildung von Rücklagen ist. In dem beschriebenen Szenario wird der größte Teil der Risikoversorge direkt vorgenommen. Der Tauschwert (BIP) könnte also sinken, aber der Nutzwert (Zugang zu den Dingen, die wir brauchen, um gut leben zu können) verbessert sich.

Nun haben sich in der Vergangenheit einige Postwachstumswissenschaftler Sorgen über die Folgen der MMT-Sicht auf staatliche Schulden gemacht.

Denn Schulden seien immer eine schlechte Sache, wenn es um den Ressourcen- und Energieverbrauch gehe. Man glaubt, dass Schulden nicht nur einen Anspruch auf zukünftige Arbeit darstellen, sondern auch einen Anspruch auf zukünftigen Ressourcen- und Energieverbrauch. Und weil Schulden mit Zinsen einhergehen und die Zinsen wachsen, erzeuge die Verschuldung einen realen Druck auf das Wachstum des BIP, was natürlich schwerwiegende ökologische Auswirkungen habe. In der MMT aber sind Defizitausgaben nicht dasselbe wie das, was private Kreditnehmer als Schulden kennen. Warum? Weil Defizitfinanzierung in der Tat nicht zurückgezahlt werden muss.

Das bricht mit der Art und Weise, wie Regierungen gewöhnlich über Defizite denken. Wir hören oft, dass man, weil es ein Defizit gibt, alles tun muss, um die Wirtschaft wachsen zu lassen, damit es zurückgezahlt werden kann. Die MMT argumentiert, dass dies einfach nicht wahr ist. Man könnte sogar sagen, dass das Defizit nur ein Alibi für diejenigen ist, die versuchen, die Wirtschaft für andere Zwecke wachsen zu lassen (d.h. um die Elitenakkumulation zu maximieren). Das Alibi ist falsch und wir können es widerlegen.

All dies wirft eine Frage auf: Wenn Regierungen so leicht Geld schaffen und ausgeben können, warum haben sie dann so lange etwas anderes erzählt? Nach Ansicht der MMT-Ökonomen ist die Erzählung von der »fiskalischen Verantwortung« eine List, die die Menschen in der Hauptsache davon abhalten soll, von den Regierungen Arbeitsplatzgarantien und eine universelle öffentliche Daseinsvorsorge zu verlangen (man denke daran, dass Regierungen gerne Geld schaffen, wenn es darum geht, Kriege zu finanzieren und Vermögenswerte aufzupumpen – aber wenn es darum geht, für

öffentliche Daseinsvorsorge zu bezahlen, ist es plötzlich nicht mehr möglich).

Warum sollten Regierungen so etwas tun? Weil den Menschen, wenn sie Zugang zu einer öffentlichen Arbeitsplatzgarantie hätten, mit der sie sozial nützliche Arbeit leisten könnten und wenn sie Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Gütern hätten, absolut jeder Grund dafür fehlen würde, sozial unnötige, sinnlose oder erniedrigende Arbeit für private Firmen zu leisten, wenn das Ziel solcher Firmen in erster Linie darin besteht, Profit für die Inhaber von Kapital zu akkumulieren.

Mit anderen Worten: die Regierungen müssen eine künstliche Geldknappheit aufrechterhalten, um einen stetigen Strom billiger Arbeitskräfte für Privatunternehmen zu gewährleisten. Der Kapitalismus versucht, den öffentlichen Überfluss zu sabotieren, um privaten Reichtum zu

erzeugen.

Die Vorschläge der MMT stimmen auf elegante Weise mit einer der wichtigsten Beobachtungen der Postwachstumstheorie überein: Wenn der Wachstumszwang von der permanenten Schaffung künstlicher Knappheit abhängt, dann können wir, indem wir die künstliche Knappheit umkehren – indem wir öffentlichen Überfluss schaffen –, den Wachstumsimperativ aufheben. Wie Giorgos Kallis es formuliert hat, »kann der Kapitalismus unter Bedingungen des Überflusses nicht überleben«. Die MMT bietet uns die Möglichkeit, eine postkapitalistische Postwachstumswirtschaft zu schaffen.

JASON HICKEL

Der Autor ist Wirtschaftsanthropologe, Autor und Fellow der Royal Society of Arts. Er lehrt an der London School of Economics und der University of London. Er ist Mitglied des Statis-

tischen Beratungsgremiums für den UN-Bericht 2020 über die menschliche Entwicklung und sitzt im Beirat des Green New Deal for Europe.

Dieser Text ist eine Übersetzung aus dem Englischen. Abdruck mit freundlicher Genehmigung von MAKROSKOP

MAKROSKOP schlägt eine Schneise durch das undurchsichtige, mediale Gestrüpp aus Fakten, Widersprüchen, Fehlinformationen und Infotainment. Es ist das einzige Magazin für Wirtschaftspolitik aus einer keynesianischen Perspektive in Deutschland. Erfahren Sie, was an den Empfehlungen des Sachverständigenrats wirklich dran ist, warum „Exportweltmeister“ kein rühmlicher Titel ist und warum der Puls Europas so schwach schlägt.

LESERBRIEF

Rote Linie überschritten

hlz12/2020, S. 62ff

Lieber Joachim,

mit deinem Beitrag unter der irreführenden Überschrift „Antikapitalistische Sehnsucht“ willst du herausarbeiten, warum die GdF sich praktisch kampflös schon sehr früh dem faschistischen NSLB anschloss. Darüber hinaus treibt dich die Frage an, wie du selber dich damals wohl verhalten hättest.

Möglicherweise gehst du schon mit der Einschätzung, die Mitglieder der GdF seien als „liberal bis links“ zu verorten, von einer falschen Voraussetzung aus. Jedenfalls erwähnst du auch, dass keine andere Berufsgruppe im Dritten Reich einen höheren Organisationsgrad – 37 Prozent der Lehrer_innen waren Mitglied der NSDAP – gehabt

hätte als die der Lehrer_innen. Eine für wahr beschämende Zahl! Die Etikettierung Lehrer_in = links bedarf einer genaueren Untersuchung.

Nachdem du dann als Entschuldigung anführst, 1933 wären Krieg und Holocaust noch nicht erkennbar gewesen, bemüht du die Hufeisenthese, die eine inhaltliche Übereinstimmung von links und rechts behauptet.

Joachim, bei allem Respekt vor deinen persönlichen Motiven: Hier überschreitest du eine rote Linie. Dass jemand, um den Kapitalismus abzuschaffen, die Nazis gewählt hat – dass sprengt den Rahmen jeden Verständnisses.

Wenn etwas klar war, dann dies: Hinter Hitler und Co stand das versammelte Großkapital. Und dieses hatte Hitler wohl kaum zur Macht verholfen, um

sich von ihm hinterher abschaffen zu lassen.

Diese fatale Fehleinschätzung wird noch einmal deutlich am Ende deines Beitrages, wenn du den Bezug zur Gegenwart herstellst. Ist das Erstarren rechtsradikaler Gruppierungen und Figuren wie Le Pen, Salvini, Trump, AfD o.ä. etwa Ausdruck antikapitalistischer Sehnsüchte? Wir können doch hautnah beobachten, wie die AfD in klassisch neoliberaler Manier jeden sozialstaatlichen Ansatz bekämpft und jedes Gesetz, das dem herrschenden System nützt, eifertig durchwinkt, in trauter Eintracht mit CDU und FDP übrigen. Und Trump als Ikone antikapitalistischer Sehnsucht zu bringen, das ist doch mehr als gewagt. Da fällt die Gratiskritik an „Putin - Russland“ kaum noch auf.

FRITZ PATZELT